

Cübefer Worföte

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Elbecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementenpreis vierjährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgesetzte Pfeifhelle oder deren Raum 40 Pf., Vetsammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pf., ausdrückliche Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größtere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Mr. 105.

Montaq, den 6. Mai 1918

25. Jahrq.

Die Vorgänge in der Ukraine.

WTB. Berlin, 4. Mai. Im Hauptausschusß des Reichstages gab heute Bizekanzler Dr. von Payer folgende Erklärung ab:

Meine Herren! An Stelle des Reichskanzlers, der mich beauftragte, ihn hier zu vertreten, möchte ich Ihnen über den Stand der ukrainischen Angelegenheit folgende Mitteilungen machen: Bekanntlich sind wir seinerzeit in der Ukraine auf den ausdrücklichen Wunsch der ukrainischen Regierung eingetreten, um dort diejenige Ordnung zu schaffen, die zu schaffen der Regierung selbst nicht gelungen wollte. Ordnungsstrebe allein war es nicht, was uns veranlaßte, damals in die Ukraine einzutreten, sondern es haben da auch verschiedene Gründe anderer Art mitgesprochen, als wir diesem Wunsche nachgekommen sind. Nicht der letzte unter diesen Gründen war bei uns, noch viel mehr bei unseren österreichischen Bundesgenossen, die Rücksticht auf die Ernährungsfrage. Wir hatten beide lebhafte Interesse davon, in möglichst großen Umsange und möglichst rasch Lebensmittel aus der Ukraine zugeführt zu erhalten. Damals war ja die allgemeine Auffassung, daß dort noch Lebensmittel in großer Menge auszufreien seien. Man hatte sich dann bei den Verhandlungen in der Ukraine damals ausdrücklich in einem nicht veröffentlichten Protokoll verpflichtet, bis zum 1. Juli dieses Jahres mindestens eine Million Tonnen Getreide zu liefern. Die Erfahrung zeigte aber bald, daß die Rada nicht in der Lage war, ihre Autorität der Bevölkerung gegenüber durchzusetzen. Ramentlich sah sie sich auferstande, ernstlich auf die Erfüllung der übernommenen Verpflichtung, das Getreide abzuliefern, hinzuwirken. Bei den Interessenten war häufig große Abneigung zu finden, dieses Getreide ihrerseits herbeizuschaffen und die Rada verfügte über keine ernstlichen Mittel, um die Bevölkerung, die im Besitze dieser Getreidevorräte war, zu deren Ablieferung anzuhalten. So blieb uns — sollte nicht ein sehr wichtiger Teil des Abkommens unerfüllt bleiben — nichts anderes übrig, als uns selbst um die vertragsmäßige Ablieferung der Getreidemengen zu bemühen. Es ist klar, daß das von der Bevölkerung vielfach als Härte empfunden würde, daß auch die Regierung ihrerseits nicht angenehm davon berührt sein könnte, und so ist das die Quelle von den Verstimmungen gewesen, wie sich ohne weiteres mitschließen läßt. Ich glaube, daß man bei der Beurteilung der Ereignisse, die sich dann abspielten, diese grundlegende Auffassung nicht aus dem Auge lassen darf.

Was nun die Vorgänge in der Ukraine selbst anbelangt, so sind es drei Ereignisse, die sich in den Vordergrund des Interesses stellen: 1. Feldbestellungserlaß des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn, 2. die Festnahme von Regierungsmitgliedern in der Rada, 3. die Umwandlung der ukrainischen Regierung in eine neue, auf anderer Grundlage aufgebaute Regierung. Zunächst ist zu betonen, daß die vollzogene Umwandlung der ukrainischen Regierung, von der die Herren ja gelesen haben, in keinerlei Zusammenhang mit den beiden anderen Ereignissen, dem Feldbestellungserlaß und der Festnahme der Regierungsmitglieder in der Rada steht. Diese Umwandlung ist nicht eine deutsch-ukrainische, sondern nach unserer Auffassung lediglich eine ukrainische Angelegenheit, die uns nicht tangiert. Die Rada verlor in der letzten Zeit immer mehr an Boden. Sie hat das unzweckhafte Verdienst, den ukrainischen Staat geschaffen und ihm den Frieden gegeben zu haben, ein Verdienst, das auch von unserer Seite gern und vollständig anerkannt wird. Wie man aber nun darangehen sollte, einen neuen Staat einzurichten, da vermag sie anscheinend. Das starre Festhalten an kommunistischen Theorien, die bei der an der Scholle hängenden großen Bauernbevölkerung keinen Anhang gewonnen, scheint hauptsächlich, soweit wir es beurteilen können, sein Ende erreicht zu haben. Jedenfalls ist dieses Ende von den ukrainischen Bauern, nicht etwa von unseren Organen, herbeigeführt worden; der Feldbestellungserlaß, sowie die Festnahme einiger Regierungsmitglieder durch deutsches Militär haben nichts damit zu tun.

Was nun den Feldbestellungserlaß, der den Herren ja ge-
nugend bekannt ist, anlangt, ist er erfolgt, weil infolge der dro-
henden Landenteignung die Gefahr bestand, daß ein großer Teil
des Bodens unbebaut blieb, damit auch die Ukraine sich der Mög-
lichkeit beraubten würde, die uns gegenüber eingegangenen Ver-
pflichtungen zu erfüllen. Es standen somit lediglich die Inter-
essen unseres Volkes auf dem Spiele. Die Regierung
selbst hatte sich als machtlos erwiesen, für die Erfüllung ihrer
Verpflichtungen zu sorgen. Die gegen den Feldbestellungserlaß
 erhobenen Vorwürfe scheinen sich, soweit wir sie übersetzen kön-
nen, auch weniger gegen den rein sachlichen Inhalt zu richten,
als vielmehr dagegen, daß die Veröffentlichung ohne die erforderliche
Rücksicht auf die ukrainische Regierung und die Botschafter
erfolgt sein soll. Der Botschafter, der sich als Vertreter der
deutschen Regierung in der Ukraine befindet, war vorher persön-
lich über den Erlaß orientiert. Ob es möglich war, bei der Ab-
fassung der Veröffentlichung des Erlasses anderes vorzugehen als
feststehen ist, läßt sich nachträglich schwer sagen. Nach den vor-
liegenden Nachrichten scheint die Missstimmung der ukrainischen
Regierung und die daraus hervorgegangene, den Herren bekannte
Resolution der Rada nicht so sehr auf den Erlaß selbst, sondern
auftaktisch auf der ungenauen Wiedergabe durch die ukrainische
Presse zu beruhen. Diese Verhältnisse sind ja auch schon in
der Presse ausführlich besprochen worden. Der Erlaß war aufer-
nomm, und das scheint ein wesentlicher Punkt zu sein, nicht an
der ukrainischen Volk, sondern an die deutschen Kommunalbehör-
den gerichtet, während durch die ukrainische Publikation daran
nachträglich der Anschein erweckt worden ist, als ob es sich um eine
offizielle Proklamation handelt, was durchaus nicht der Fall ist.
Der Stroß hätte: ist, wie wir meinen will, nachdem die Re-
volution gefallen und, worauf ich noch zu sprechen kontine, eine
Partei mit einem anderen Programm an ihre Stelle getreten ist,
materialiell hinfällig geworden. Auf Veröffentlichung des Reichs-
konsuls ist nunmehr Sorge ge-
hofft, daß der militärische Be-
ehabiger in allen Gelegenheiten von politischer Bedeutung
sich in Einklang mit dem Botschafter versuchen hat. Das
ist seine Pflicht. Der zweite Stand besteht nun auf die

Verhaftung der Regierungsmitglieder in der Naha.

Darüber gestatte ich mir folgendes vorzutragen: In der Nacht zum 25. April wurde der unruhige Wachhaben D.

zeigen wird als die alte, läßt sich heute noch nicht übersehen. Das ist aber eine Angelegenheit, die uns weniger betrügt. Das ist eine rein ukrainische Angelegenheit. Wir können lediglich wünschen, daß es der Ukraine bald gelingen möchte, unter dem Schutze unserer Waffen und mit unserem diplomatischen Beistand zu normalen staatlichen Verhältnissen zu gelangen. Jedenfalls erklärte die neue Regierung unseren Vertretern bereits, daß sie sich voll und ganz auf den Boden des Breit-Litauischen Friedens und der sonst mit uns getroffenen Abmachungen einstimmig der Betriebsleistung stelt. Sie erklärte weiter, daß der freie Handel zugunsten Deutschlands und Österreich-Ungarns zugelassen werden soll und daß es eine ihrer ersten und wichtigsten Aufgaben sein werde, ein langfristiges wirtschaftliches Zusammen mit den Mittelmächten abzuschließen. Weitere Vereinbarungen, speziell auch über die für unsere militärische Hilfe zu leistende Entschädigung, werden von der Regierung durch Verhandlungen mit unserem Botschafter und dem General-Gouverneur, Staatsrat Edmarchalls von Erkhorst, fortgezeigt werden. Ich möcht' der Herrschaft ausdrücklich geben, daß diese Verhandlungen zu einem raschen, befriedigenden Abschluß kommen werden.

Scheide man nicht zunächst um Mitteilung des Ergebnisses des Generalsekretariats von Eichhorn. Er spricht seine Überzeugung über die Entwicklung aus, die die Dinge in der Ukraine genommen haben. Seine Beobachtungen über den Gang der Dinge habe er bereits am 26. April dem Botschafter brieftlich mitgeteilt. Wenn wir derartige gefährliche Experimente, wie sie heute in der Ukraine unternommen werden, unterstützen, so werden wir genötigt sein, ein großes Besatzungsheer zu unterhalten. Den hiesigen Vertretern der Ukraine habe man die Verbindung mit Kiew unmöglich gemacht. Das ganze Verfahren sei vollkommen unverständlich. Die neue Regierung in der Ukraine bestände aus Kadetten und Föderalisten, das heißt, aus Leuten, die nach ihrer Parteistellung die letzten wären, mit denen wir arbeiten sollten. Der Hetman Skoropadski habe das Volk nicht hinter sich. Er habe zur russischen Konstituante kandidiert und nur 200 Stimmen erlangt. Er habe dann zur ukrainischen Konstituante kandidiert und nur 9 Stimmen bekommen. Das werde ein Licht auf die ganze Situation. Die Sache könne nicht von Dauer sein. Der Zwurf, dem Friedensvertrag gemäß das uns zustehende Geheimde herauszuholen, könne so nicht erreicht werden. Der Bauernkongress sei nicht durch Wahlen zustande gekommen. Für das deutsche Volk könne in dieser Sache kein Heil entstehen. Der Redner geht sodann auf die gesamte Frage und die politische Lage ein und stellt in Aussicht, diese Sache auch im Senat zur Sprache zu bringen.

Erbberger: Die gleiche Macht, die den großen Krieg zerschmettert hat, tue alles, um ihn wieder zusammenzuschweißen. Es sei notwendig, die ukrainische Angelegenheit im Plenum des Reichstages zu behandeln, da die Zeitschriftenfreiheit es gemäße Berichterstattung über jene verweigere. Die Gestaltung der Ostfragen sei entscheidend für die gesamte zünftige Gestaltung der Dinge in Europa. Die Ukraine wiederum sei der Angelponent des Ostens. Gerade dort seien wir im Begriff, jetzt die grössten Fehler zu machen. Die Willkür einer nachgeordneten militärischen Stelle werfe alles bisher Außergewöhnliche über den Haufen.

Als Leitfäge für die künftige Politik in der Ukraine stellt der Redner auf:

2. Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk müsse als Grundlage der Verständigung mit der Ukraine dienen.

3. die Rieferung des im Friedensvertrage versprochenen Getreides würde mir dann erfolgen, wenn Deutschland seine gleichförmige Auslieferung bestätigt hätte.

4. Die verbündeten Deutschen, Österreich und Ungarn müssen einheitlich und geöffnet im Kiew vorgehen.

5. Von jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse müssen sich die Mittelmächte fernhalten, was in der Vergangenheit nicht immer geschehen sei.

6. Unsere diplomatischen Vertretungen in Kiew und Mostau
möglichen durch landes- und sprachkundige Persönlichkeiten erweitert

Der Redner fragte ferner nach den Vorbereitungen, um aus der neuen Ernte die Überflüsse für die Mittelmächte zu sichern und auf der Organisations für die Einigung zurückzuführen.

und nach der Organisation für die künftige Herbstbestellung.
Auch in Litauen sei die Hinneigung zu Deutschland im Abnehmen begriffen. Die russophile Strömung komme zur Herrschaft, wenn man dem Volke eine Personalunion mit Deutschland aufzwingen wolle.

Unterstaatssekretär von dem Busche berichtigt einige Punkte der bisherigen Ausführungen. In Kiew seien zu den Kreis-Litauischen Verträgen gewisse Ausführungsverhandlungen geführt worden. Diese beziehen sich auf einige andere Punkte. Der Redner berichtet die Angabe, daß der Botschafter Freiherr von Mumm einen polnischen Offizier als Sekretär habe. Es wäre ihm überhaupt kein Offizier beigegeben worden. Wenn er einen Sekretär hätte, müßte er ihn dort an Ort und Stelle genommen haben. Im übrigen sind bei unserer Vertretung in Kiew eine Reihe von Herren, die die ukrainische Sprache kennen und die Zeitungen übersehen können, so daß der Botschafter auch über das orientiert sei, was vor sich geht. In dieser Beziehung ist genügend Vorjorge getroffen worden, daß er bereits über alles orientiert werden kann. Man kann eben nicht für jedes Land sofort einen Vertreter haben, der auch die Sprache des betreffenden Landes kennt. Entschieden muß ich dem widerstreiten, daß wir in der Ukraine die Großgrundbesitzer durch unsere Politik unterstützen. Herr v. Mumm hat in allen Telegrammen, die uns gegangen sind, immer wieder betont, daß er eine derartige Politik für verhängnisvoll hält und nicht mitträgt. Der Feldbestellungsbefehl des Feldmarschalls von Eichhorn hat vielleicht einen solchen Gedanken erweisen können. Im Grunde trifft das aber auch für ihn nicht zu. Dieser Feldbestellungsbefehl ist an die deutschen Kommandos ergangen. (Redner verliest hieraus diesen Befehl.) In diesem Befehl ist ausdrücklich gesagt worden, daß in die geistlichen Bestimmungen nicht eingegriffen wird. In dieser Beziehung ist auch von Wichtigkeit, daß Skowronski, der jetzt die Regierung übernommen hat, sich dahin geäußert hat, daß das Prinzip der Rechte aufzugeben den für irgendwelchen abgenommen werden soll. Es soll in kleinen Parzellen verteilt und an die

ungen gegenüber den früheren Forderungen Amerikas „mildert“ seien. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß es noch immer sehr zweifelhaft bleibt, ob Norwegen die versprochenen Mengen überhaupt bekommt. Das Regierungsblatt „Intelligenz-Sedler“ weist selbst bereits darauf hin, daß sich beim Transport der angesuchten Waren möglicherweise Hindernisse einstellen können.

Die Lösung der beharabischen Frage.

Wie der „Bresl. Generalanze.“ erfährt, ist jetzt in Bukarest eine Kommission zur Lösung der beharabischen Frage zusammengestellt. An den Verhandlungen, die das endgültige Schicksal Beharabiens bestimmen sollen, nehmen Vertreter Rumäniens, Beharabiens und der Ukraine teil. Sie nehmen im allgemeinen einen befriedigenden Verlauf, so daß mit einer baldigen Lösung der beharabischen Frage gerechnet werden darf.

Ein baltischer Baron von den Bolschewiki bestreit.

Nach einer baltischen Zeitung ist Baron Otto v. Grotthuß nach seiner Befreiung aus dem Zuchthause in Jaroslaw nach Riga zurückgetreten. Im Sommer 1915 wurde Grotthuß im Zusammenhang mit der Spionageaffäre des Gendarmerieobersten Wassiljew als deutscher Spion zum Tode durch den Strang, dann zu Lebenslänglichkeit verurteilt. Im ersten Gerichtsverfahren wurde er aus gänzlichem Mangel an Beweisen freigesprochen. Auf Befehl des Hilfsskommandierenden wurde jedoch ein Revisionsverfahren eingeleitet, worauf Grotthuß auf höhere Verfügung verurteilt wurde, obgleich nach wie vor nicht die geringsten Anhaltspunkte zur Begründung der Anklage vorlagen. Der russische Rechtsgelehrte Konin bezeichnete das Urteil als einen Justizmord. Zu Beginn der Revolution wurde nochmals ein Revisionsverfahren eingeleitet, das jetzt zur Haftentlassung des Barons führte.

Die Bolschewiki sind also doch nicht solche Unmenschen gegen ihre politischen Gegner, wie von der bürgerlichen Presse Deutschlands immer gesabelt wird.

Die englische Steuerkraft.

Die ganze im diesmaligen Staatshaushalte enthaltene Summe beträgt 842 Milliarden Pfund (16,84 Milliarden Mark). Das Unterhaus nahm alle erforderlichen Entschließungen nach kurzer und ruhiger Diskussion an. Die Zuckersteuer wurde mit 141 gegen 56 Stimmen angenommen. Auch den anderen Steuererhöhungen wurde nach kurzer Debatte zugestimmt.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte eine sehr übersichtliche Darstellung des Entwicklungsganges der englischen Kriegsfinanzen. Da das Reichsschakant mit der Vorlage des vergleichenden Materials über die Steuergesetzgebung der kriegsführenden Länder zögert, so kommen diese Ziffern sehr zu recht:

in Mill. Pf. St.	1. 8. 1914	1915/16	1916/17	1917/18	Zus. in 44 Kriegsjahren
Steuereinnahmen	171 76	886 77	578 48	707 29	1789,10
Darlehen . . .	404 99	1164 52	1635 55	1989 59	5178 68
Zusammen . . .	576 75	1501 28	2198 97	2690 82	6967 82

davon an:

Kolonien 83,00 59,00 89,00 180,00

Verbündete 288,00 539,01 487,00 1284,00

Von den 7 Milliarden Pfund (140 Milliarden Mark) Kriegskosten ist also mehr als ein Viertel durch Steuern gedreht worden, die deutsche Kriegsfinanzierung tut sich nicht ohne Recht viel darauf zugute, daß ihr die Aufbringung großer Beträge langfristiger Kriegsanleihen gelungen ist; aber die Engländer haben durch Anleihen und Steuern einen ähnlich hohen Betrag aufgebracht, ohne aber die Zukunft in gleicher Weise vorzubedanken.

Wenn die englischen Kriegskosten mit 140 Milliarden Mark höher als in Deutschland seien, wo die bewilligten Kredite 124 Milliarden ausmachen, so darf nicht vergessen werden, daß der englische Staatshaushalt Ausgaben einschließt, die in Deutschland den Bundesstaaten zufallen und in den Anleihen an Kolonien und Verbündeten gewisse Aktiven hat, deren „innerer“ Wert freilich weit unter ihrem Kennwert liegt.

Der Krieg auf den Meeren.

WB. Berlin, 4. Mai. (Amtlich.) An der Westküste Englands wurden von dem unter dem Kommando des Kapitäne-Lieutenants Freiherr von Loe stehenden Unterseeboot zwei besonders wertvolle Dampfer, nämlich der englische Dampfer „Lake Michigan“ (9283 Brutto-Registertonnen) und ein 8000 Brutto-Registertonnen großer Dampfer aus demselben stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen, zusammen 17 000 Brutto-Registertonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Vier feindliche See-Flugzeuge abgeschossen.

Berlin, 5. Mai. (Amtlich.) Drei deutsche See-Flugzeuge wurden am 4. Mai vor der slawischen Küste vier feindliche See-Flugzeuge ab. Zwei feindliche Flieger wurden schwer verwundet auf dem Luftwege geborgen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Türkischer Bericht.

Palästinafront: Die erbitterten Kämpfe im Ostdonland halten ununterbrochen an. Mit besonderer Härte richtete der Feind seine Angriffe gegen unsere Stellungen nördlich der Straße Jericho-Es Salt. Alle Anstrengungen brachten ihn dem Ziel nicht näher. Seine Verluste steigern sich zusehends. Die Zahl der erbeuteten Geschütze erhöhte sich auf 10. — Mesopotamien: Starke englische Kräfte machten einen Vorstoß gegen unsere südlich von Kerku stehenden Truppen. Den von uns zurückgenommenen Abteilungen folgte der Engländer nicht. Hauptmann Schilz schoß ein feindliches Flugzeug ab und erreichte seinen 8. Luftsieg im Irak. An der übrigen Front ist die Lage unverändert. — Deutsche Truppen besiegten am 1. Mai Sebastopol und fanden dort den größten Teil der russischen Schwarzen-Meer-Flotte. Linienschiffe, Zerstörer, U-Boote und Handelschiffe. Der „Sultan Sulus Selim“, „Hamidie“ und einige unserer Torpedoboote sind nach einer beschwerlichen, aber glücklich durchgefahrt Fahr durch das Minengebiet am 2. Mai abends in Sebastopol eingelaufen.

Fortschreibung der Wahlrechtsdebatte.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend zusammen die Vorlage über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung zu Ende debattiert.

Der amtliche Kriegsbericht.

WB. Großes Hauptquartier, 8. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Herrengruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Im österreichischen Kampfgebiet führen wir erfolgreiche Unternehmungen fort. Ein feindlicher Angriff südlich von Peterhöhe scheiterte. Am frühen Morgen vorübergehende heftige Artilleriekämpfe zwischen Peterhöhe und Taillenau; tagsüber lag mehr der Raum unter stärkerem Feuer. Auf dem Nordufer der Enns, am Enns-See-Kanal und in einzelnen Abschnitten des Schlachtfeldes beiderseits der Somme lebte die Feuerkraft am Abend auf. Erfundengescheite und Vorlöse in die feindlichen Linien bei Hangard und südwestlich von Brimont brachten Erfolge ein.

Herzog Albrecht von Württemberg.

In Vorfeldkämpfen mit Amerikanern südwestlich von St. Quentin und mit Franzosen am Hartmannswillerkopf machten wir Erfolge.

Vor den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ende des Berichts.

„In seiner letzten Rede sagte Graf Spee auf: „Ich habe mich im Februar wieder an die Front gemeldet, weil ich das politische Durcheinander hier nicht mehr ertragen konnte; politischer Ehrgeiz und Machtgier gehen im Innern ihre verderblichen Wege.““

Es sind noch nicht fünf Monate her, da stand der nämliche Graf Spee in Berlin im Zirkus Busch in einer großen Hausbesitzerversammlung und hielt eine Rede, die wie folgt schloß:

Für das Hausbesitzerprivileg bedürfen wir starker Garantien, um zu verhindern, daß es umgangen wird. Wenn der städtische mit dem ländlichen Haus- und Grundbesitz, der bei der Neuordnung wichtige Räume um die Erhaltung wichtiger Rechte zu bestehen haben wird, zusammenhält, mit ihm gemeinsam kämpft, so wird der Erfolg nicht ausbleiben, zum Wohl der Grundbesitzer wie des Vaterlandes.“

Dem Berliner Zeitungsblatt, der „Germania“, war dies Auftreten ihres Parteifreundes so peinlich, daß sie seine Rede in dem siebzigseitigen Bericht im Gegenzug zu allen anderen Sprechern mit einer einzigen Zeile abschloß. Noch viel peinlicher war den Freunden des Grafen die von uns, nach dem „Vorwärts“, vorgenommene Gegenüberstellung der Rede aus dem Parlament mit der im Zirkus sein.

Dänemark.

Sozialistischer Erfolg bei den dänischen Landtagswahlen. Das Ergebnis der Wahlmännerwahlen zum dänischen Landtag bedeutet eine weitere Stärkung der gegenwärtigen radikal-sozialdemokratischen Regierung. Besonders die Arbeiterpartei hat bei diesen Wahlen zur Ersten Kammer des dänischen Reichstages sehr gut abgeschnitten, zumal sie hierbei zum ersten Male selbstständig vorging. Die Sozialdemokratie erhielt nicht weniger als 896 Wahlmänner, fast so viel wie die Bauernlinie; die 935 Wahlmänner durchbrachte. Von den Konservativen wurden 582 und von den Radikalen 503 gewählt. Weitere 60 Wahlmänner sind auf 3 Plätze verteilt. Von den 54 Mitgliedern des Landtages, die in der nächsten Woche von den Wahlmännern gewählt werden sollen, kommen somit auf die Sozialdemokraten 15 bis 16 und auf die Radikale 10 bis 11 Mandate. Unter den vom früheren Landtag im voraus gewählten Abgeordneten — die Gesamtzahl der Landtagsmitglieder ist 72 — befinden sich 1 Sozialdemokrat und 2 Radikale. Die Demokratie wird also zusammen 27 bis 29 Abgeordnete im Landtag haben gegen früher 11 Mandate. Da die Sozialdemokratie und die Radikalen vor den Wahlen mit annähernd 30 Mandaten rechneten, die sie brauchten, um die Opposition gegen die Regierung in der Ersten Kammer neutralisieren zu können, so kann mit Recht behauptet werden, daß ihre Erwartungen sich gänzlich erfüllt haben.

Aus Elbed und den Nachbargebieten.

Montag, 6. Mai.

Sand in die Augen.

mochten die vierlandsparteilichen Versammlungen der Unionisten anstrengen, die heute abend in der Lübecker Bürgerschaft zur Verhandlung kommen sollen, den volklich nicht klaren Konsens, auf deren Unterstützung sie hoffen. Am Dienstag Abend, dem Organ jener Kreise, die in Deutschland Kriegspolitik nach dem Muster Clemenceaus und Louis Georges treiben und keinen Friedensdienstwollen und „Wehe den Siegern!“ schreien, werden am Sonntag merkwürdig friedfertige Lieder angeschlagen, die über die wirklichen Zwecke der geplanten Kundgebung hinwegtäuschen sollen. Niemals hat Deutschland die Absicht kundgetan, Länder zu verschlucken und Völker zu vergewaltigen“. Ganz recht! Aber die Presse vom Schlag der „Lübeckischen Anzeigen“ sowie die alddutsche Vaterlandspartei, die gerade deshalb die deutsche Regierung angreift, hat alle Woche ein paar mal die Annexion der belgischen Küste, des französischen Erzbereichs von Brien und Longwy sowie Teile von Russland gefordert. Darauf steht in dem „Friedensantrag“ Schwabroth zwar nichts, aber die „Sicherungen“, die in ihm verlangt werden, liegen erfahrungsgemäß in ganz der gleichen Richtung. Nur so weniger aufdringlich und mutvoll ist es, wenn das Abendblatt beteuert, daß man ja gar keine Eroberungen wolle. In Bremen versucht der Begründer eines ähnlichen Antrages sogar, diesen mit der so oft beklagten „Berichtsiedensresolution“ des Reichstages in einen gewissen Einklang zu bringen, gegen welche er sich doch überhaupt in erster Linie richtet. Die Schen, die wahren Absichten und Pläne in dem Antrag klar zum Ausdruck zu bringen, spricht am wirtschaftlich dafür, wie wenig man davon überzeugt ist, daß diese neunenswert Boden im Volke haben. Und dann die Kriegsentschuldigung. Soll der Krieg weiter geführt, soll das Blut von weiteren Hunderttausenden vergossen werden, bis die Feinde sich dazu bewegen lassen, Kontributionen zu zahlen? Da den „Lübeckischen Anzeigen“ hat dieser Tage ein alddutscher Professor, der selbst natürlich weit vom Schutz ist, diese Frage bejaht. Das Volk in seiner großen Mehrheit hat dafür kein Verständnis.

Zum Schluß heißt es in dem Artikel: „Die Hansestädte sind auf dem Plan.“ Nein! Nur ein kleiner Bruchteil der Einwohner der Hansestädte ist es, der hinter den Anträgen steht. Die Anzahl Leute, welche in der Lübecker Bürgerschaft dafür stimmen wird, verdankt ihre Größe im Bürgerschaftsparlament nur einer Minderheit der Bürger, und nicht einmal diese Minderheit der Bürger hat sie beansprucht. Annexionspolitik zu treiben. Wenn man das in Betracht zieht, wird man erst den geringen Wert der Kundgebung richtig einschätzen können.

Am Montag geht die Beratung weiter. Man hofft, daß am Montag spätestens am Dienstag die zweite Lesung aller drei Vorlagen stattfindet. Die dritte Beratung soll am Montag, dem 18. Mai nachmittags 2 Uhr beginnen und vor der Pfingstpause beendet sein. Es wird sich dann nach Pfingsten die durch die Verfassung vorgeschriebene nochmalige Abstimmung notwendig machen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Graf Spee.

Nach der Rede, die der Zentrumsabg. Graf Spee am ersten Tage der Wahlrechtsdebatte gehalten hat, muß man meinen, einen Patrioten vor sich zu haben, der gerade noch im letzten Augenblick atemlos und staubbedeckt aus dem Westen eintrifft, um das Parlament zu beschwören, doch um des Himmels willen die Wahlreform nicht ohne die Helden an der Front zu machen, sondern sie bis nach Kriegsschlüsse zu vertagen. In Wirklichkeit haben wir gerade in dem Grafen Spee einen alten, eingesessenen Wahlrechtsfeind vor uns, der auch nach dem Kriege dem Volke, das seit Jahren dem Vaterlande ungeheure Opfer an Blut und Gesundheit bringt, das gleiche Recht verweigern will. Im Jahre 1907 hat Graf Spee mit noch 18 anderen Fraktionsmitgliedern dem Zentrumsantrag auf Erziehung des Dreiklassen-Systems durch das Reichstagswahlrecht die Unterschrift verweigert. Im Jahre 1912 gehörte Graf Spee zu den 33 Zentrumsabgeordneten, die sich vor der Abstimmung über den von den Kreisringen gestellten Antrag aus dem Saale entfernten, so daß statt der erwarteten Mehrheit für die geheime und direkte Wahl (es handelt sich also nicht mit dem gleichen Wahlrecht!) eine Mehrheit von 30 Stimmen dagegen sich ergab.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 18. Mai, abends 8 Uhr, statt.

Ausschließung der Allgemeinen Ortsräte. Am Sonnabend, 4. Mai tagte im Bürgerverein die regelmäßige Ausschließung der Kasse. Zur Vorlage gelangte die Abrechnung und der Jahresbericht für 1917. Der Vorsitzende des Vorstandes, Löhrer, führte zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht aus, daß der Abschluß der Kassenrechnung wenig bestreitig sei. Der Ueberdruck betrage rund 64 000 M., davon wären 10 700 Mark auf Gebäude und Mobiliar abgezogen, 23 000 M. dem Sicherheitsfonds überwiesen und der Rest den Kassenbeständen reicht. Beide Berichtsblätter zugewichen. Trotzdem sich die Einschätzung am Bericht gegen den Voranschlag um ca. 130 000 M. verbessert

habe und gegen das Vorjahr auf den Kopf der Mitglieder von 48,97 M^r. auf 53,14 M^r. gestiegen sei, hätten doch die Mehrzahlgaben diesen erfreulichen Zuwachs verschlungen. Gestiegen seien fast alle Ausgabenpositionen. Das Krankengeld stieg von Kopf der Mitglieder von 19,30 M^r. auf 22,51 M^r, Arznei von 5,13 M^r. auf 5,85 M^r. die Verwaltungskosten von 5,17 M^r. auf 6,18 M^r. So daß schon die drei Posten die erfreuliche Meireinnahme auswiegeln. Die Steigerung des Krankengeldes sei auch wesentlich beeinflußt durch die freiwillige Mitgliedschaft vieler Kriegsteilnehmer (ca. 2000), die allein an Krankengeld 94 272 M^r. bezogen. Alle Lieferanten der Kasse hätten auf Erhöhung ihrer Bezahlung gedrängt. Pandasisten und Optiker, die Badeanstalten, die Massagisten und Zahnmärkte hätten ihre Beiträge erhöht, die Handelsverkaufsstätte der Apotheker sei fast alle zwei Monate noch oben hin verändert, auch die Verwaltungskosten, persönliche sowohl wie soziale, steigen noch immer, erstere durch die Teuerungszulagen an die Beamten, letztere durch die erhöhten Druckkosten. Der Vorstand stand diesen Verhältnissen machtlos gegenüber. Redner fand dann auf die Tagung des Ortskrankenkassen-Verbandes, die im Vorjahr in Dresden stattfand und von der Kasse bestimmt war, zu sprechen. Die Versammlung wurde eingeleitet durch einen Vortrag des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Geheimrat Dr. Kauffmann, über die Zukunftsaufgaben der Krankenfassen". Er forderte einen verstärkten Kampf gegen die drei Volkskrankheiten Tuberkulose, Trunksucht und Geschlechtskrankheiten, ferner eine wirksame Wohnungsfürsorge und Fürsorge für die Familie, für Mutter und Kind. Die anschließende Debatte hätte sich wesentlich auf die während des Krieges eingeführte Wohnehilfe gedeckt. Allgemein wurde die ständige Einführung dieser Kriegsmahnung auch für die Friedenszeit gefordert. Von den anderen Punkten der Tagesordnung wäre noch zu erwähnen, eine Beratung über Gründung einer Ruhegehaltstasse für die deutschen Krankenfassen. Es wäre da von einer Prämie von 12 Prozent der Gehälter gesprochen worden. Der Vorstand unserer Kasse hätte sich prinzipiell wohl für eine Personstasse der Angehörenden ausgesprochen, aber solche Summen wie 12 Proz. des Gehalts, das wären für die Lübecker Kasse 12 000 M^r. gingen entschieden zu weit. Der Vorstand werde die Sache im Auge behalten und dem Ausschuß darüber weiter berichten. — In der Ansprache über den Jahresbericht wurden dem Vorstand diverse Anträge mit auf den Weg gegeben. Es wurde gewünscht, daß die Kasse, vielleicht in Verbindung mit anderen Versicherungsträgern, etwas tun solle für Tuberkulose, die mit den Kriegseinflüssen fertig seien. Die Höhe der Verwaltungskosten wurde bemängelt. Beschlossen wurde eine Erhöhung der Entschädigung an die Vorstandsmitglieder; für die Ausschüssemitglieder wurde eine solche abgelehnt. — Auf Antrag des Revisionsausschusses wurde dem Vorstand Einlastung erteilt. — Des Weiteren beschloß der Ausschuß auf Antrag des Vorstandes den Erwerb der Mitgliedschaft beim Gemeinnützigen Bauverein, wesentlich unter dem Gesichtspunkte einer wirksamen hygienischen Wohnungsfürsorge. — Beschlossen wurde auf Antrag aus der Versammlung, daß der Vorstand beim Lieferungsverband vorstellig werden möge auf Ausfehlung eines Teiles der Gelder, die den Kriegerfamilien beim Krankengeldbezug wegen der Lübecker Staatsunterstützung abgezogen werden. Bei den schwierigen finanziellen Verhältnissen der Kasse wie sie zum Teil durch die Kriegsteilnehmer hervorgerufen seien, wäre eine derartige Überweisung aus den Mitteln der Allgemeinheit wohl zu rechtfertigen. — Als Vorsitzender des Ausschusses wurde für die kommenden vier Jahre Herr Fabrikant Chr. Ulvert, als dessen Stellvertreter Redakteur Paul Löwigt gewählt.

Der Konsumverein für Lübeck und Umgegend hielt gestern im Gewerbehause eine Genossenschaftsratssitzung ab, die eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung zu erledigen hatte. Die Neuwahl des Vorstandes des Genossenschaftsrats ergab folgendes Resultat: A. Löwigt, 1. Vorsitzender, H. Schmidt, 2. Vorsitzender, W. Olszki, Schriftführer.

Der Geschäftsbericht über das letzte Halbjahr 1917/1918 erinnerte Genosse Hennig. Darin wurde darauf hin, daß der Umlauf eine erfreuliche Zunahme aufzuweisen hatte. Nach die Mitgliederzahl stieg in erfreulicher Weise und zwar um 473. Das Bild des Umlaufes zeigte im allgemeinen in den Lübecker Verkaufsstätten eine Zunahme, dagegen in einigen auswärtigen Verkaufsstätten eine kleine Abnahme. Die Zustände bezüglich der Höchstpreise liegen z. T. noch sehr im organ. In Lübeck und Mecklenburg-Schwerin sind die Verhältnisse geregelt. Dagegen steht es sehr schlecht aus im Fürstentum Lübeck und Schönberg. Die Landvogtei in Schönberg erläutert, daß sie die Waren zu dem Höchstpreis, der nach Annahme des Konsumvereins als Übergangsspreis für ihn in Frage komme, erhalten. Der Kommunalverband könne aber nicht doch noch für seine Arbeit Geld zu bezahlen. Das möge richtig sein, aber dem Konsumverein könne man doch nicht zumuten, die Kosten des Kommunalverbandes zu tragen. Im Fürstentum Lübeck herrscht die größte Willkür. Der Landesverband in Eutin übertrittet schlaufweg den Höchstpreis. Z. B. verlangt er für Zuber einen Höchstpreis von 38 M^r. pro Zentner, in höchsten Fällen dürfte er aber nur 35,50 M^r. bis 36 M^r. kostern. Der Kleinmarktpreis ist von demselben Landesverband auf 41 Pfg. pro Pfund festgesetzt worden. Damit kann kein Händler aus und selbstredend auch nicht der Konsumverein. Es besteht eine gesetzliche Vorschrift, daß Kaffee-Ersatz nicht durch den Kommissarientypus, sondern durch die Großküche verteilt werden soll. Der Konsumverein soll nach einer Anordnung des Kriegernahrungsamtes als Großküche angelehen werden. Trotzdem aber gleich das im Fürstentum Lübeck nicht, weil annähernd 100 Portionen an der noch kleinste des Landesverbandes erforderlichen Anzahl fehlen. Das gilt für Kaffee und Zuber und selbstredend gegen dem Konsumvereine die Vorteile verloren, die er hätte, wenn er als Großküche behandelt würde. Jede Ortsgruppe im Fürstentum nimmt aus verschieden Preise. Für Kaffee-Ersatz nimmt Schwerin uns 38 Pfg. für 1/2 Kilogramm ab statt 36 Pfg., in Eutin werden 50 Pfg., Lübeck 52 und Stade 51 Pfg. genommen für Kaffee-Ersatz fällt der rechtmäßig zu fordernde 48 Pfg. Stade nimmt 75 Pfg. statt 72½ Pfg., Seerey 70 Pfg. und Cuxhaven 65 Pfg. statt 70 Pfg.

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle

findet statt am Dienstag, dem 7. Mai 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr für die Knochenbezugskarten Nr. 6001 bis 7500 und am Mittwoch, dem 8. Mai 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr für die Knochenbezugskarten Nr. 7501 bis 9000.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig liegenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 6. Mai 1918.

(2187)

Das Polizeiamt.

Wir suchen für unseren Betrieb

Angelernte Arbeiter u. Maßarbeiter

a. größerer Zahl, ferner

(2188)

**Eisendreher,
Maschinenschlosser,
Böttcher,
Rangierer,**

Koffensührer und Koffenarbeiter.

Rathaus, Bahnhofstr. 22



Zentralverband der
Zimmerer Deutschlands
Zehnstieße Lübeck.

Als weitere Opfer des
grausamen Krieges sieben
unsere Mitglieder

**W. Bohnhoff,
K. Lehsten,
H. Wiese.**

Wir werben denselben ein
ehrendes Andenken bewahren
2186 Der Vorstand.

Gefügt ein Morgenmädchen
oder ein größeres Schulmädchen.
2189 Alsenstr. 14
bei der Schönböckener Straße.

Portemonnaie mit 1 Pfg. verl.
a. D. Beige Riegel. Eine bis 2
Mark ab. in d. Strengest. Abzug
2185 Görtz, Wallstraße 2, 1

Unerwartet erhielten wir
die traurige Nachricht, daß
unser lieber guter Sohn,
Bruder und Enkel, der
Musketier (2188)

Erwin Mädje

im 20. Lebensjahr am
25. April dem grausamen
Kriege zum Opfer gefallen
ist.

In tiestem Schmerz

C. Mädje u. Frau

nebst Kindern
und allen Verwandten.

Zu kaufen gefügt

2181
Glockenstapfen, Spatzen,
Eulen, Ritter, Zeitungen,
zu höhstem Preis.

Karl Kleinfeld, Bellstraße 25.

Telephon 2420.

Neumünster. Ein netter Lebensmittelkartenverkäufer aus dem Kaufmann W. M. wegen Unterschlagung von Lebensmittelkarten zu 6 Monaten Gefängnis. W. M. wurde seinerzeit vom Magistrat als erster Verkäufermann in die Lebensmittelkartenausgabestellen berufen. Infolge von Unregelmäßigkeiten fanden die Angestellten in Verhacht, Lebensmittelkarten unterzogen zu haben, sie wachten deshalb scharf auf. Am 14. Dezember mittags zwischen 12 und 1 Uhr nahm der Angeklagte 100 Karten aus dem verschließbaren Schrank und stieß dieselben in die Tasche. Das wurde gelesen und zur Anzeige gebracht. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß W. in den Buttergeschäften regelmäßig Butter auf 6 oder 12 Marken gekauft hat, trotzdem sein Haushalt nur 3—4 Personen groß war. Auf Grund der Beweiserbringung ist das Urteil nach siebenstündigem Verhandlung gefällt worden.

Stade. Ungetreue Postauszehlerin. In Holtenstedten wurde bei einer durch den Gendarmeriewachtmeister Saxe in Begleitung eines Postbeamten vorgenommenen Haussuchung die dortige Postauszehlerin A. der Unterschlupfung von Postkarten überführt. Die Betroffene hatte es zur Hauptstelle auf Lebensmittel (Zucker, Seife, Tabak usw.) abgelehnt, welche Sachen sie dann verkauft oder selbst verbraucht.

Theater und Musik.

Einen Schubert-Wolf-Abend veranstalteten am letzten Sonnabend Elisabeth und Oscar v. Wandt in Logenraum. V. Wandt wirkte hier mehrere Jahre als erste dramatische Sängerin am Stadttheater. Nun zeigte sie, daß sie auch eine Liebesländerin ist, die den Stimmungsgehalt Wolfschen und Schubertscher Lieder auszuschöpfen versteht. Wie die Zusammensetzung des Programms von guten Geschmack getragen war, so auch der warm empfundene Vortrag der verschiedenen Lieder, der ihr reizvolles Bestall eintrug. Auf stürmisches Verlangen mußte die Künstlerin, die auch durch reiche Blumenpenden ausgezeichnet wurde, Wolfs "Der Freund" wiederholen. Ihr Gatte, Oscar v. Wandt, begleitete sie geschickt und schmeichelhaft am Flügel.

Mus der Partei.

Nakowsky nicht gefallen. Stockholm, "Politiken" dementiert aus sicherster Quelle, die Meldung der "Leipziger Volkszeitung", daß der rumänische Sozialist Nakowsky im russischen Krieg gefallen sei,

Neueste Nachrichten.

Berlin. 5. Mai. (Amtlich.) Neue U-Bootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 12 000 U-Boote registriert. Unter den verlorenen Schiffen befand sich ein Taedampfer, der an der Ostküste Englands versenkt wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion
dem Publikum gegenüber keinerlei Haftung.)

Das dankbare Vaterland.

Im vorigen Jahre wohnte ich einem Vortrage über Landaufenthalte der Kinder während des Sommers bei. Hier führte die Referentin unter anderem aus, daß die schwäbischen Kinder der Winderbennitzen plaus zu frage kommen. Auf ein ähnliches Gutachten sollte weniger Rücksicht genommen werden, es sollte vielmehr die Ansicht der Lehrer und Lehrerinnen maßgebend sein. Es wurde besonders hervorgehoben, welche großartigen Erfolge erzielt worden sind, und es wurde gebeten, recht viele Kinder aller Altersklassen hierzu anzumelden. Da meine jüngste Tochter (16 Jahre alt) nun sehr stark an Blutarmut leidet und noch Ansicht ihrer Lehrerin für einen Landaufenthalt sehr zu empfehlen wäre, entschloß ich mich, meine Tochter zu dieser Wohlfahrtsanstalt auf dem Körperzustand usw. beschreiben werden mußte, gleichzeitig mußte ich einen Revers unterschreiben, daß ich mich verpflichte, 3,50 M^r. für Verpflegung die Woche zu vergüten. Da mir die Zeit zu lange wurde, ehe ich Antwort bekam, entschloß sich meine Frau, einmal persönlich bei H. Rösing vorzutragen. Als sie dasselbe ihren Namen genannt hatte, sagte das Fräulein, der Name wäre ihr sofort aufgefallen. Meine Tochter hätte keine Ansicht, mit nach dem Lande zu kommen, da gar kein ärztliches Attest vorliege, auch wollten die Vorfälle nur Kinder von 13 bis 14 Jahren haben, die auch für ihr Essen arbeiten können. Hier nach handelt es sich ja nur um die Beschaffung billiger Arbeitskräfte, denn 3,50 M^r. müßten ja schon für Essen bezahlt werden. Auf weitere Nachfrage wurde meine Frau mit einer "Auf Wiedersehen" entlassen. Erdähnen möchte ich nur noch, daß ich Kriegshilfswille bin. Infolge einer Verjährung habe ich mit einigen Verleidenden zugezogen, welches mir nicht erschien, meinen früheren Beruf wieder aufzunehmen und bin ihm dadurch auch jetzt in meinem Einkommen zurückgekommen. Mein Einkommen ist um ein beträchtliches niedriger, als vor dem Kriege. Hierdurch ist es mir auch nicht mehr möglich, meine Kinder so zu ernähren, daß sie an Gewicht zunehmen und sich gesund und kräftig entwickeln.

Einer, der für das Vaterland gebürtet hat.

Verantwortlich für die Rubrik "Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Vaterländischer Abend

Sonnabend, den 11. Mai, abends 8 Uhr

im Marmorsaal.

Feld-Divisionspfarrer Zinzow, Eutin:

"Beim Lübecker Regiment im Felde".

Lieder und Duette: Konzertsänger Bähnke

Frau Adele Bähnke.

Rezitation: Schauspieler Biermann.

Überschluß für den Hilfslands Hinterbliebener von Angehörigen des Regt. Lübeck. (2184)

Karten zu Mk. 1.—(numeriert) und 50 Pfg. bei Ernst Robert.

Uhren-Reparaturen.

Billige Preise. (2182)
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Week- und Taschenuhren.

Hermann Voß, Uhrmacher, Breite Straße 54 und Büscherstr. 71.

Zeitschriften aller Art.

Durchdr. Friedr. Meyer & Co.

Johannistraße 45.

Hansa-Theater.

Heute und folgende Tage

abends 8 Uhr: (2190)

Fräulein Kadett.

Montag,
den 6. Mai 1913

Die Regierung ist fest entschlossen...

Zur Ablehnung des gleichen Wahlrechts schreibt das Blatt der Regierung, die „Norddeutsche Allg. Zeitung“:

„In der Aussprache hat sowohl der Ministerpräsident als auch der Vizepräsident des Staatsministeriums mit unzweideutiger Festigkeit erklärt, daß die Regierung unbedingt an dem gleichen Wahlrecht festhalten müsse. Niemand wird denen, die gegen das gleiche Wahlrecht entschieden haben, vorwerfen wollen,

dass sie ihrer Abstimmung andere Gründe als die, die ihnen ihr Gewissen vorschrieb, zugrunde gelegt haben. Es widersprechen sich hier eben grundsätzliche Anschauungen. Tatsächlich kann es sich, wie heute die Verhältnisse liegen, nicht mehr darum handeln, die sachliche Überzeugung ausschließlich sprechen zu lassen. Heute das Verlangen an die Regierung zu stellen, daß sie doch noch von dem Grundgesetz des gleichen Wahlrechts abgewichen sollte, bedeutet eine Zumutung, deren Erfüllung man von vornherein nicht erwarten durfte. Auch unter denen, die jetzt für das gleiche Wahlrecht gestimmt haben, findet sich eine ganze Reihe von Männern, die nur mit schweren Bedenken den Weg zur Billigung der Regierungsvorlage gegangen sind. Wenn vom Regierungsvorlage wiederholt die Lage dahin gekennzeichnet wurde, daß der Marsch des gleichen Wahlrechts heute nicht mehr aufzuhalten werden könnte, und daß es sich deshalb nur darum handle, jetzt eine Form des Wahlrechts zu finden, die das gleiche Wahlrecht in den Vordergrund stellt gegenüber einer noch radikaleren Gestaltung des Reiches zu wählen, so ist damit nur die Lage gekennzeichnet worden, unter deren Zwang das Haus unbedingt Bedenken hätte zurückstellen müssen, die möchten sie auch wesentlich scheinen oder nicht, zur Forderung der Zeit nicht mehr entsprechen.“

Es ist von der Regierung auch in der jetzigen Aussprache

wieder gefordert worden, daß sie schon jetzt das äußerste Mittel, nämlich die Auflösung des Abgeordnetenhauses anwenden sollte, um das gleiche Wahlrecht mit Hilfe eines neuen Landtages durchzuführen.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums hat seinen Zweifel daran gelassen, daß die Regierung ernstlich gewönt sei, diesen Weg grundsätzlich zu beschreiten. Im Hause wird niemand sich der Erwirkung verschließen haben, daß die Auflösung doch nur ein legitimes Mittel ist, das im dann angewandt werden dürfe, wenn es andere Wege, das Ziel zu erreichen, nicht mehr gibt.

Die Pause zwischen der zweiten und dritten Lesung der Wahlrechtsvorlage wird trotz der jetzigen Abstimmung einen Weg

finden lassen, der eine Versöhnung zwischen den Parteien und der Regierung sichert. Dr. Friedberg hat erklärt, daß die Regierung ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen des Hauses erinnert, nach der dritten Lesung rechnen werde.

Eine Auflösung des Hauses kommt also heute noch nicht in Frage, sondern erst dann, wenn auch die dritte Lesung des, was das Haus jetzt als gleich unverändert bestätigt.

In der Tat steht ja aus Klugungen, die sowohl während der Aussprache als auch in den Blättern der ausschlaggebenden Parteien, während der letzten Tage getragen wurden, hervorgehen, daß in den Kirchen der Mittelpartei die Absicht besteht, eine Verständigung auf gemeinsamer Grundsatz einzubringen.

Wie diese Verständigung ausfallen wird, darüber

heute schon Worte zu verlieren, bedeutet ein untrügliches Prophezeien. Sie kann wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß das letzte Wort über das gleiche Wahlrecht auch mit dem jetzt bestehenden Abgeordnetenhaus noch nicht gesprochen worden ist.

Allerdings gilt die Zeit, und es gilt, sie zu benützen. Daß die Regierung jetzt entschlossen ist, das Werk der Krone einzufallen, darüber darf man sich keinem Zweifel hingeben.“

Es fragt sich nur, wie die Regierung ihr gegebenes Wort einlösen wird. Wir haben keine Hoffnung mehr auf eine die große Masse des Volkes befriedigende Lösung der Wahlrechtsfrage in Preußen.

Zentrum, Wahlreform und „Sicherungen“.

Die Zentrumspartei hat sich immer gerühmt, schon seit 1873, wo Windthorst einen dahingehenden Antrag im Abgeordnetenhaus stellte, für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eingetreten zu sein.

Der Standpunkt des Zentrums ist in der Wahlrechtsfrage seit jetzt vier Jahrzehnten unverändert derselbe geblieben. Es fordert einfach das Reichstagswahlrecht auch für Preußen. Dem Zentrum gehört der bleibende Ruhm, zuerst diese Forderung in einem Gesetzesantrag niedergelegt zu haben. . . .“

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.
17. Fortsetzung.

Dreizehntes Kapitel.

Es läßt sich kaum sagen, was in dem beiderseitigen Blitze lag, als sich Diethelm und Medard am Morgen zum erstenmal im Tageslicht begegneten, nur mit blitzschnelle streiften sich ihre Blüte, dann schwante jeder vor sich nieder. Medard aber war wieder schnell gefaßt, griff in die Tasche und sagte, die Meißlingschaubam zeitigend, mit triumphierender Miene: „Da, die hab' ich heut schon geholt.“

„Vergib' sie,“ sagte Diethelm und winkte dem Medard nach dem Stalle und fuhr hier fort: „Du sagst doch deinem Vater nichts?“

„Nein, das ist nichts für einen Sympathiedoktor. Der Herr muß aber heut geholt werden, denn brennt's an einem andern Ort, da merken sie daß die Schrauben und Kloben fehlen. Das Flugfeuer kann nicht zünden, die Dächer sind mit Schne bevest. Aber Meister,“ fuhr Medard fort, das Wort ging ihm schwer aus, „wie ist's denn? Welken wir die Schaf nicht an einen Ort tun? Ihr müsst ja wohl die sind Blitzen und können das Diethelm nicht leiden und laufen grad' drein 'nein!“

„Das geht nicht, das kommt den Leuten verdächtig vorkommen, es muß alles bleiben, wie es ist. Ich sag' dir's noch einmal, es muß alles bleiben, wie es ist.“

So faßt Diethelm und ging nach dem Hause. Hinter ihm drein aber strecte Medard die Arme heraus und fluchte vor sich hin: „Du verdammter Scheinheiliger, warf, du Waisenpflegerle, poppe du mir die ganze Welt an und tu, wie wenn du dein Tierle beleidigen könnest, dich hab' ich, ich halt dich am Strick um den Hals, du sollst mir's teuer bezahlen, daß du die mißhandligen Schafe verbrennst, du sollst mir' immer Mühs machen, und nicht machen, wenn ich dich angua.“ In der Seele dieses Menschen bereit zum Verbrechen, empörte sich noch das Mitgefühl für die Tiere, die er jahraus, jahrein hütete, und dieses Mitgefühl verwandelte sich in neuen giftigen Hass gegen Diethelm, und dieser war ihm so erlähend, daß er sich auf die Vollführung der Tat wie auf eine Lustbarkeit freute.

Diethelm aber, der nach dem Hause ging, lächelte vor sich hin; die Meißlingshörner wurden zu sicherem Handhaben gegen Medard. Die Fertigung der Feuerprüfung, das war eine Tat, mit der er Medard gefangen halten konnte, er selber konnte jede Beleidigung, er konnte mindestens damit drohen, und wenn die Sache heraustrat, so wälzte dieser Wagnis allen Verdacht auf Medard. Es galt nun höchstens in dem Wissens des Waldhornwirtes und vielleicht bei einem andern festzustellen, daß und wie Medard

So steht es zu lesen in dem parteiamtlich zu der Landtagswahl im Jahre 1908 herausgegebenen Leitsachen für den Wahlkampf. Aus den vier Jahrzehnten sind fünf geworden. Nach im Jahre 1911, am 17. Januar, erklärte der Zentrumsführer Dr. Borsig im Abgeordnetenhaus zur Frage der Wahlreform auf „einstimmigen Beschluss“ seiner Fraktion:

„Meine politischen Freunde haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß das, was das Deutsche Reich seinen Wählern gewähre, was die größten anderen deutschen Bundesstaaten ihren Bürgern gewähren, das würde auch Preußen auf die Dauer seinen Einwohnern nicht vorerhalten können.“

An „programmatischer“ Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen hat es das Zentrum nicht fehlen lassen. Aber getan hat es zur Erreichung dieser Forderung nichts. Im Jahre 1912 haben aber 33 Zentrumsabgeordnete die Annahme eines Antrages auf Einführung des gleichen Wahlrechts verhindert, indem sie verabredungsgemäß vor der Abstimmung den Saal verließen. Das gleiche Wahlrecht aber hätten diese und noch mehr Zentrumsleute glatt niedergestimmt. Das Zentrum war solange „für“ das gleiche Wahlrecht, als keine „Gefahr“ bestand, daß es zur Durchführung gelangte. Nach der Oberbürgermeister Wilhelm II. tat sich das Zentrum mit den konserватiven und nationalliberalen Wahlrechtsfeinden zusammen, um ein Pluralsystem zur Durchführung zu bringen. Als nachher Wilhelm II. sein Wort dafür verpfändete, daß die erste Landtagswahl nach dem Kriege auf Grund des gleichen Wahlrechts vor sich gehen werde, da erfand man die „Sicherungen“, um das gleiche Wahlrecht, das nun nicht mehr zu hinterstreben war, zu einem Körper ohne Arme und Beine zu machen. Durch diese Sicherungen soll nicht nur das Verhältnis von Staat, Kirche und Schule, sondern auch die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung verewigt werden. Das fünfzigste Abgeordneten- und zum Überfluß auch noch das Herrenhaus sollen Verfassungsänderungen nur mit Zweidrittelmehrheit beschließen können!

Kennt das Reichstagswohlrecht, das die Zentrumspartei seit 1873 zu ihrem „bleibenden Ruhm“ gefordert hat, die verfeindeten „Sicherungen“, oder kennen sie die von Dr. Borsig zur Begründung des gleichen Wahlrechts herausgezogenen deutschen Bundesstaaten? Hat Windthorst 1873 von „Sicherungen“ geredet, obwohl er das gleiche Wahlrecht zur Abwehr gegen die Brutalitäten der katholiken-fürstlichen Kultuskampsparteien verlangte? Das Zentrum weiß genau, daß die deutsche Sozialdemokratie niemals die Hand dazu bieten wird, Freiheit und Rechte irgend einer kirchlichen Richtung anzutasten; es weiß auch, daß die Trennung von Kirche und Staat die Bewegungsfreiheit der katholischen Kirche erhöhen würde; haben doch die Katholiken selber diese Trennung wiederholt gefordert, so auch Windthorst am 17. Januar 1873, noch vor wenigen Jahren der bayerische Zentrumsführer v. Mallesen, und ganz fürsichtig hat in Köln in einer Versammlung des katholischen Frauenbundes der katholische Philosoph Prof. Scheler, den das Düsseldorfer Zentrumsblatt als „eine der hervorragendsten geistigen Persönlichkeiten des deutschen Stammes“ feierte, sich zu dieser Forderung bekannt.

Dem Katholizismus als Religionsbekennnis würde die Trennung vom Staat nur nützen. Aber die Zentrumspartei fordert die Verewigung des jetzigen Zustandes aus politischen Gründen, zur Konsolidierung der clerikalen Macht über das mündig gewordene Volk, das über Religion und Christentum anders zu denken begonnen hat, als es den Rücknachern des Klassenstaates lieb ist. Die Regierung des Zentrumskanzlers Hertling hat sich bereit erklärt, das von der Regierung Bethmann Hollweg gegebene Wahlrechtsversprechen in diesem Sinne zu verfälschen.

Die „Sicherungsanträge“ des Zentrums.

Das Zentrum hat nun mehr die angekündigten Anträge zur „Sicherung gegen radikale Folgen des gleichen Wahlrechts“ eingefügt. Sie haben folgenden Wortlaut:

1. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: dem § 24 Absatz 4 folgende Fassung zu geben: „Im übrigen wird die Abgrenzung der Wahlbezirke oder die Verteilung der Abgeordneten auf sie durch Gesetz geändert, wobei in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln erforderlich ist.“

2. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: folgenden Artikel A vor Artikel 1 zu legen: „Der Artikel 14 der Verfassungsurkunde erhält folgenden Absatz 2: „Die nach der gegenwärtigen rechtlichen Ordnung des Verhältnisses des Staats zur evangelischen und römisch-katholischen Kirche diesen Kirchen zustehenden Besitznisse und Einkünfte werden dauernd aufrechterhalten.“

3. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: folgenden Artikel B vor Artikel 1 einzufügen: „Zu die Verfassungsurkunde wird folgender Artikel 15 eingefügt: Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgemeinschaft, bleiben im Besitz und Gebrauch der ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Institutionen, Stiftungen und Fonds, sowie der durch Gesetz oder Vereinbarung feststehenden staatlichen Zuflüsse.“

4. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: folgenden Artikel C vor Artikel 1 einzufügen: „Der Artikel 26 der Verfassungsurkunde erhält folgenden Absatz 2: Der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschulen wird entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes betr. die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, vom 28. Juli 1906 (Gesetzesammlung S. 335), gewahrt.“

5. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: in Artikel 2 Abs. 4 die Sätze 2 und 3 wie folgt zu fassen: „Tritt die Erste Kammer dem Beschuß der Zweiten nicht bei, so findet nach vorausgegangener Beratung in einem aus Mitgliedern beider Kammern gebildeten Verständigungsausschuß die für beide Kammern bindende Abstimmung über den Posten in einer vereinigten Sitzung beider Kammern statt. Nach dieser endgültigen Besitzgriffung wird in jeder der beiden Kammern über den Gesamthaushalt abgestimmt.“

6. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: folgenden Artikel D einzufügen: „Der Artikel 107 der Verfassungsurkunde erhält folgende Fassung: Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung geändert werden, wobei für jede Änderung der Bestimmungen des Titels II „Von den Rechten der Preußen“ in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln erforderlich ist.“

Aus dem Hauptausschuß.

Die Portofreiheit der Fürsten ausgehoben.

Der Unterausschuß erstattete über seine Arbeiten Bericht. Der Sachverständige hat erklärt, daß die Ausübung eines 2½-Pfg.-Stückes bereits in die Wege geleitet sei. Die Herabsetzung des Postos für Ortspostkarten auf 3 Pfg. würde einen Aufschluß von 9 Millionen Mark bedeuten. Die Herabsetzung wurde abgelehnt. Der andre sozialdemokratische Antrag, einen Zuschlag auf Drucksachen von 50 bis 100 Gramm nicht zu erheben, wurde ebenfalls abgelehnt. Der ganze Tarif wurde dann angenommen. Von der Reichsabgabe sind Zeitungspäckchen betroffen; der Antrag, auch die Einzelsendungen von Zeitungen von der Abgabe frei zu lassen, sowie sie von Zeitungsvorlagen ausgenommen, wurde angenommen. Der Antrag Döre, der sich mit den sozialdemokratischen Anträgen deutl. und in das Gesetz folgenden Paragraphen einfügt:

„Die Portofreiheit der Fürsten, ihrer Gemahlinnen und Witwen wird ausgehoben, soweit sie nicht durch die Staatsverträge der Norddeutschen Bundes mit den Königreichen Bayern und Württemberg für den inneren Verkehr dieser Bundesstaaten gesichert ist.“

wird angenommen und dann auch der Rest des Gesetzes.

Der Staatssekretär teilt mit, daß die Schweiz für die von ihr beförderten Kriegsgefangenen-Päckchen ebenso wie Schweden, per Post eine Entschädigung von 100 Centimes ab 1. Januar 1913 wünscht. Der Antrag ist damit einverstanden. —

beim Ueberheben des Sprüche auf den Schlitten geholzen habe, und dann mußte Diethelm unter der Hand merken lassen, daß er mit Medard unzufrieden sei und ihn aus dem Hause tun wollte. Aber alle nur sein behauptet.

„Du meinst, du hast mich, und ich hab dich im Sac,“ sprach Diethelm in sich hin, „dort siegte sich seiner Kugeln Benutzung der Umstände. So hegten diese beiden Menschen, die so einig waren, im Inneren den fleißigen Hass gegeneinander, und während sie noch gemeinsam die Tat zu vollbringen hatten und noch nicht der Beute habhaft waren, dachte ein jeder schon daran, wie er dem andern den Schuß verlämmere und ihn gefangenhalte.

Unter der Tür trat Diethelm einen Boten vom Schloßhof mit der Nachricht vom Dienstag, daß ihr noch mancheszeit gejagt werden sollte, da sie die Krante noch mehrere Tage nicht verlassen könnten. Der Bote war verwundert auf Diethelm, denn die Krankheit seiner Stiefelkinder gar nicht zu Herzen zu geben schien, ja in seinem Gesicht drückte sich sogar eine Freude aus, und der Bote, ein armer Häusler, dachte darüber nach, wie dort der Reichstum die Menschen mache, denn die Freude in dem Gesicht Diethelms konnte gewiß nur von der Aussicht auf die Erbshaft berührten. Diethelm dachte aber ein nichts weniger als an die Erbshaft, er war froh, daß seine Frau noch länger wegblieb; in der nächsten Nacht mußte die unterbrochene Vorbereitung weitergeführt und alles rasch zu Ende gebracht werden. Er ließ daher seiner Frau sagen, sie möge nur ruhig bei ihrer Tochter bleiben, da er ohnedies morgen verreise.

Im Waldhöfchen war heute Diethelm besonders aufgeräumt, und als der Bote sein Gesicht sah, das ihn immer mit unverhofftem und neuem Glück überhäufte, nickte Diethelm still. Er freute sich, daß man an den großen Gewinn glaubte, den er aus dem Verkauf seiner Waren machen würde. Das ließ gewiß nie einen Verdacht aufkommen, gesteckte was da wolle. Dennoch erzählte Diethelm innerlich, als der Bote Waldhornwirt erzählte: „Dent nur, was heut geschehen ist. Wie wir heute die Sprüche abheben, ist ein Rudel Schnüder drun' rum, bei Schmitz ja fort, aber die sind wieder da wie die Eichen an einem blühenden Apfelzfeld. Und wie jetzt der Schmid eine Peitsche nimmt und unter die Buben einhauen will, da ruft der alte Schäferle: Lass sein, bei etwas darf man sich nicht verbindigen, und die Kinder können nichts dafür; sie hören immer davon und sehen das ganze Jahr die Sprüche nicht, und da sind sie gewundertig froh, wenn sie das einmal am hellen Tag und in der Ruhe sehen. Kommt Euch denken, Beter, was auf die Red' für ein Geheimnis und Getrappel ist, und wo man hinguckt, hängt es an jungen Maßenzubau, und mit Blü und Rot werden wir fertig, ohne so einem die Finger abzubauen. Wie wir eben fortziehen und der Schmid das Tor in der Hand hat, um zurückzugehen, da hören wir, wie die Sprüche nun über uns allen raus, redt, als ob man's hören und drinnen

heben tät. Da ruft der alte Schäferle: Hört ihr? Eh' drei Tage vergehen, brent's im Dorf. Der Schmid ist so bös, daß er die Tür zuschlägt und sagt den alten Schäferle dazwischen: Dein Krebs, des Schäfers Medard, hat sich gestohlt, daß sein alter Vater so dummkrieng geschwözt, und ist davon, und die Schülchen rennen durchs Dorf und kreisen überall: In drei Tagen brennt's. Den alten Schäferl' holt man selten zum Propheteiern verboten, aber der jüngere ist alles vor ihm und - kost' man's weiner, wo man hört, glauben die Leut' alle an die Propheteiern, und da sind die Leut' hier noch halb auf ihren Ort. Bei uns daheim in Lehenreis sind man beide zwei alten Weiber, die ja was glauben tätten, und der Ort fragt doch nicht an der Landstrasse wie Buchenberg.“

Diethelm griff aus dieser langen Mittelrede gern den lebensangeregten Gegenstand auf. Der alte Waldhornwirt, der in Spott und Neiderei überall zwischen einem Dorf und dem andern reiste, hatte ihm schon viel erzählt, aber keiner der anwesenden Schwarzwälder ging heute darauf ein, und Diethelm schien es fast, als ob er Missbrauen erregte, weil er von dem Schreckensgeiste gar nicht rede, er liege daher überlegen: „Der alte Schäferle hat nichts Besonderes prophezeit. Jedesmal, wenn man was an den Sprüchen zu tun hat, hält man das für ein Wahrzeichen, daß eine Feuerbrunst austestmt, und da ist's am gefährlichsten, man macht den Berggläubigen erschrecken und gibt doppelt acht, daß kein Unglüd austommt.“

Alles läuft so. Nur ein fremder Mann, der an der Odenbank sitzt, sagt halblaut vor sich hin: „Abbrechen ist nicht immer ein Unglüd, im Gegenteil.“

„Wer ist der Lump?“ fragte Diethelm seinen Beter, und dieser erwiderte: „Ein fremder Spindelhändler. Ich hätt' gute Lust und tut den Kerl die Stiege hinunter.“

„Tu's nicht,“ beschwichtigte Diethelm, „das gibt ein unötiges Gedächtnis in der Welt.“ Er beredete nun seinen Beter, am morgenden Tage mit ihm nach der Hauptstadt zu reisen, wohin er mit Proben seiner Waren drun' rum, bei Schmitz ja fort, aber die sind wieder da wie die Eichen an einem blühenden Apfelzfeld. Und wie jetzt der Schmid eine Peitsche nimmt und unter die Buben einhauen will, da ruft der alte Schäferle: Lass sein, bei etwas darf man sich nicht verbindigen, und die Kinder können nichts dafür; sie hören immer davon und sehen das ganze Jahr die Sprüche nicht, und da sind sie gewundertig froh, wenn sie das einmal am hellen Tag und in der Ruhe sehen. Kommt Euch denken, Beter, was auf die Red' für ein Geheimnis und Getrappel ist, und wo man hinguckt, hängt es an jungen Maßenzubau, und mit Blü und Rot werden wir fertig, ohne so einem die Finger abzubauen. Wie wir eben fortziehen und der Schmid das Tor in der Hand hat, um zurückzugehen, da hören wir, wie

